

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 145

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezüher
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Zuschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großröhrsdorf, Brettnig, Hausmalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Zuh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 293

Freitag, den 17. Dezember 1926

78. Jahrgang

Amtlicher Teil.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft in Firma **Gebrüder Haase**, Fabrik von Hosenträgern, Sockenhaltern und Gürteln in **Großröhrsdorf Nr. 273 D**, ist infolge eines von der Gemeinschuldnerin gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleiche **Vergleichstermin** auf

den **3. Januar 1927, vormittags 11 Uhr**

vor dem Amtsgerichte Pulsnitz anberaumt worden.

Der Vergleichsvorschlag ist auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Amtsgericht Pulsnitz, am 15. Dezember 1926.

Ankündigungen aller Art

find im „Pulsnitzer Tageblatt“ von denkbar bestem Erfolge.

Das Wichtigste

Wie die Berliner Morgenblätter nach einer Havasmeldung berichten, soll in Südportugal ein militärischer Aufstand ausgebrochen sein. Die Regierung habe Truppen zur Bekämpfung der Aufständischen entsandt.
Das Vollzugskomitee der kommunistischen Internationale betont in einer Revolution zu dem neuerlichen Auftreten Trotski und Sinowjews, daß man eine Spaltung innerhalb der Parteien nicht zulassen werde. In einer weiteren Entschließung wird der deutschen kommunistischen Partei eine Verwarnung erteilt.
Die Berliner Abendblätter melden aus Bern: Das schweizerische Bundesparlament hat Bundesrat Motta zum Bundespräsidenten gewählt.
Der Steuerauschuß des Reichstages nahm einen Antrag der Bayerischen Volkspartei, wonach von einer weiteren Erhöhung der Biersteuer abgesehen werden soll, in der Form an, daß bestimmt wurde, die geplante Erhöhung der Biersteuer bis zum 1. April 1927 hinauszufchieben.
Dem Berliner Totalanzeiger zufolge wird der Reichspräsident, der am Donnerstag mit dem Reichsinnenminister Müller und dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei Besprechungen hatte, heute vormittag den Reichskanzler und im Anschluß daran erneut den Grafen Westarp empfangen.
Auf der Chaussee Grünhau—Landslut fuhr das Automobil eines Bierverlegers in einen Straßengraben. Die Frau des Besitzers wurde herausgeschleudert und getötet. Der Besitzer gab an, daß seine Ehefrau ihm das Steuer in selbstmörderischer Absicht aus der Hand gerissen habe.
Nach Meldungen von der Insel Sachalin sind dort riesige Schneemassen niedergegangen. Die Stadt Alexandrow ist von zwei Meter hohem Schnee bedeckt. 20 Menschen sind in dem Schneesturm ums Leben gekommen.
Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Regierungsrat von Heydebrandt und der Lasa eine Voruntersuchung eingeleitet. Seine Ehefrau hatte in der Nacht zum 14. Oktober d. J. Selbstmord durch Erhängen verübt. Die Sektion der Leiche ließ Zweifel aufkommen, ob tatsächlich Selbstmord vorliegt.
Die Sozialdemokraten und die Kommunisten haben gegen die Reichsregierung ein Mißtrauensvotum eingebracht.
Die Kommunisten haben Auflösung der Reichswehr beantragt.
In Leipzig wurde ein hiebziger Millionär wegen Steuerhinterziehung verhaftet.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Postamt.) Am Sonntag, den 19. Dezember, findet beim hiesigen Postamt Paketannahme von 8—9 und 10¹/₂—12 Uhr vormittag statt. An diesem Tage werden auch Pakete in Pulsnitz ausgetragen.

Pulsnitz. (Berichtigung.) Im gestrigen Bericht über die Schul-Aufführung an betreffender Stelle muß es heißen: „Diese Inhaltsstoffe läßt die unerföhrlichen Möglichkeiten erkennen, vor die der Dichter bei der Bearbeitung dieses Stoffes gestellt war. Und doch fand er sichere Grenzen, ohne daß er auf Wahrheit in der Erzählung hätte verzichten müssen.“

Pulsnitz. (Gestohlen) wurden am 16. ds. Mts. zwischen 9 Uhr vormittags und 1⁰⁰ Uhr nachmittags aus einer in der hiesigen Ramenzer Straße gelegenen Feldscheune mittels Einbruchs 2 neue Wagenbreiter, 4,45 m lang, 24 cm breit. Auf einem der Breiter befindet sich die Aufschrift: „M. Philipp, Pulsnitz.“ Personen, welche hierzu sachdienliche Mitteilungen machen können, wollen dies der nächsten Kriminal- oder Gendarmeriestation melden.

— Auch für Leschings Waffenbesitzschein.) Nachdem das Sächsische Oberlandesgericht in dem Urteil vom 11. Juli 1923 dahin entschieden hat, daß Leschings als Schußwaffen, deren Gebrauch Gefahren für Leib und Leben herbeizuführen geeignet ist, im Sinne der Verordnung über Waffenbesitz vom 13. Januar 1919 anzusehen sind, hat das Ministerium des Innern mit Verordnung vom 31. Januar 1924 angeordnet, daß auch für Leschings Waffenbesitzschein er-

Chamberlain über die Räumung des Rheinlandes

Der Standpunkt der englischen Regierung

Das Kabinett Marx tritt nicht freiwillig zurück — Begegnung Stresemanns mit Mussolini? Die Sozialdemokraten fordern den Rücktritt der Regierung — Scheidemann im Reichstag Die Deutschnationalen und die Vertrauensfrage Frankreich und die innerpolitische Auseinandersetzung

London. Im englischen Unterhaus fragte der zur Arbeiterpartei gehörende Abgeordnete Thorne, ob Chamberlain eine Erklärung über die Haltung der Regierung in der Frage der Zurückziehung der alliierten Truppen im Rheinland abgeben wolle.

Chamberlain antwortete: Wenn sich die Anfrage auf eine Zurückziehung der Truppen vor den vertraglich vorgezeichneten Zeitpunkten bezieht, so kann ich nur sagen, daß für die Haltung der englischen Regierung auch weiterhin die im Artikel 431 des Versailler Vertrages (bezt. die Besatzungsfristen) niedergelegten Bedingungen maßgebend sind. Abgesehen davon handelt es sich um eine Frage, in der die Regierung im Benehmen mit den Regierungen der anderen Besatzungsmächte vorgeht.

Thorne fragte weiter, ob es nicht vorzuziehen wäre, wegen der Zurückziehung der gesamten Streitkräfte aus dem Rheinland gemeinsame Vorstellungen zu erheben. Dadurch würde gewiß zwischen den betreffenden Ländern und Deutschland eine bessere Atmosphäre geschaffen werden.

Chamberlain antwortete, wenn Thorne an eine Zurückziehung vor der vertraglich festgesetzten Zeit denke, so sei zu sagen, daß diese nur das Ergebnis einer Vereinbarung zwischen den Besatzungsmächten und den deutschen Behörden sein könnte, einer Vereinbarung, zu der die deutsche Regierung gern das ihrige beitragen würde.

Auf die Frage des Mitgliedes der Arbeiterpartei Oliver, ob Chamberlain zu diesem Zweck Verhandlungen einleiten und versuchen wolle, die anderen Mächte zu diesem Vorgehen zu veranlassen, erwiderte Chamberlain: Die Angelegenheit hat den Gegenstand von Erörterungen zwischen den Vertretern verschiedener Mächte gebildet, aber für Schritte dieser Art ist Zeit erforderlich, und, wie ich schon gesagt habe, nicht nur Zeit, sondern tätige Mitarbeit sowohl seitens der deutschen Regierung als auch seitens der anderen Mächte, damit eine Lösung gefunden wird.

Im Januar neue Verhandlungen über Abänderung des Rheinlandregimes.

Das Rheinland hofft auf Auswirkung der letzten Genfer Ergebnisse.

Koblenz. Nach den bei der Rheinlandkommission nunmehr vorliegenden Instruktionen werden die seit längerem angekündigten Verhandlungen zwischen der Rheinlandkommission und dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherrn Langwerth von Simmern, in den ersten Tagen des Januar stattfinden. Man sieht im Rheinland diesen Verhandlungen mit Interesse entgegen, da man aus ihrem Verlauf wird erkennen können, wieweit die Rheinlandkommission den berechtigten deutschen Forderungen auf Abänderung des Besatzungsregimes stattzugeben und den von ihr ausgearbeiteten Entwurf abzuändern bereit ist, der in keiner Weise dem von der Völkervereinigung in ihrer Note vom November 1925 aufgestellten Reformprogramm für das besetzte Gebiet zu entsprechen scheint.

Die bisher aus diesem Entwurf der Rheinlandkommission bekanntgewordenen Einzelheiten zeigen nur eine rein äußerliche Umarbeitung der Rheinlandordnungen und lassen jedes Eingehen auf den Geist von Thoiry vermissen. Sie zeigen zu deutlich, daß die Rheinland-

kommission sich bisher nicht veranlaßt gesehen hat, die vom besetzten Gebiet seit Locarno erwarteten Rückwirkungen wenigstens in der neuen Fassung der Rheinlandordnungen einsehen zu lassen. Man erwartet nunmehr im besetzten Gebiet, daß die in dem gemeinsamen Protokoll der Mächte niedergelegten Ergebnisse der letzten Genfer Tagung sich in den der Rheinlandkommission erteilten Instruktionen für die Januarverhandlungen auswirken und zu günstigen Resultaten für die Bevölkerung des besetzten Gebietes führen werden.

Polen rüstet „für den Fall eines Konfliktes“

Da soll Deutschland seine Ostbefestigungen schleifen.

Warschau. Pilsudski in seiner Eigenschaft als polnischer Kriegsminister hat im Haushaltsauschuß des Senats eine längere Rede gehalten, wobei er sich grundsätzlich gegen eine Verminderung des Militärbudgets und gegen die Verkürzung der Militärdienstzeit aussprach.

Pilsudski betonte nachdrücklich, der größte Teil des Militärbudgets müsse für Kriegsvorbereitungen verwendet werden. Polen könne nicht abseits stehen, wenn andere rüsteten. So müsse Polen eine starke Armee unterhalten. Aus diesem Grunde aber sei notwendig, daß für die Reserven hinlänglich gesorgt würde, damit das Land im Falle eines Konfliktes in den ersten Monaten genügend versorgt sei, es müßten die Reserveproviandmagazine entsprechend aufgefüllt werden, ferner müßten neue gebaut werden.

Dabei setzte Pilsudski auseinander, daß Polen zu wenig tüchtige Militärverwaltungsbeamte hätte. Außerdem sei während des Krieges mit den Offiziersbeförderungen nicht gespart worden, so daß die polnische Armee heute zu viel Offiziere habe, die viel Geld kosteten und wenig leisteten.

Pilsudski schloß mit den Worten: „Auf die Rüstungen werde ich in Zukunft den größten Wert legen, jedenfalls mehr, als es bisher der Fall war.“

Die Äußerungen Pilsudskis sind ein neuer Beweis für Deutschlands Berechtigung, an seiner Ostgrenze Befestigungen aufrechtzuerhalten. Er wollte sagen, daß unsere Befestigungen zu Polen nicht eines Tages herantreten, daß Polen Gelegenheit sucht, in deutsches Gebiet einzumarschieren? Einem solchen Nachbarn gegenüber kann Deutschland sich nicht leichtfertig jedes Schutzes an seiner Ostgrenze begeben. Solange Polen rüstet, brauchen wir starke Ostbefestigungen. Das sollte auch die Völkervereinigung erwägen, die eine Schleifung der deutschen Ostbefestigungen fordert. (D. Red.)

Die Kontrollbesuche in Königsberg.

Zu den verschiedenen Meldungen über erneute Kontrollbesuche in Königsberg wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß es sich hierbei um die Erledigung von bereits früher mit der Reichswehr festgelegten Besuchen handelt. Im November vorigen Jahres sei im beiderseitigen Einvernehmen ein Programm mit feststehenden Besuchen aufgestellt worden, in welchem Termine angegeben waren, bis zu welchem Tage die einzelnen Beanstandungen der Interalliierten Kontrollkommission erledigt sein müßten. Infolgedessen seien die jetzigen Besuche lediglich als Nachprüfung der seinerzeit getroffenen Vereinbarungen zu werten.

